

EXPO 2000

Alarm für EM.TV

Wegen der dürftigen Besucherzahlen auf der Weltausstellung hat auch der Münchner Rechthändler EM.TV massive Probleme. Für Vorstandschef Thomas Haffa sind die Einnahmen aus dem Merchandising-Geschäft mit T-Shirts, Bierkrügen und anderem Schnickschnack mit dem Expo-Logo so schwach, dass EM.TV jetzt mit den Expo-Betreibern über die Fortführung der Souvenir-Geschäfte streitet. Nach Hinweisen, dass möglicherweise viele der 60 Andenkenläden

auf dem Gelände in Hannover geschlossen werden sollen, beantragte die Expo GmbH eine einstweilige Verfügung gegen den Hauptkonzessionär EM.TV. Vergangenen Freitag entschlossen sich die beiden Kontrahenten, in den nächsten 14 Tagen einen Kompromiss zu suchen. EM.TV sei „vertraglich ver-



Haffa

pflichtet, die Souvenirshops zu betreiben“, warnt ein Sprecher von Expo-Chefin Birgit Breuel. Auch das Expo-Maskottchen „Twipsy“, das Haffas Firma entwerfen ließ und promotet, ist ein Flop. Die Probleme in Hannover sind nach Ansicht von Analysten mitverantwortlich für den Kurssturz der EM.TV-Aktie, die von 115 Euro im Februar auf 54,40 Ende vergangener Woche sackte.



BGS-Übungseinsatz in Ratzeburg

BAHN

Teure Sicherheit

Künftig sollen nicht mehr Beamte vom Bundesgrenzschutz (BGS) für Sicherheit auf Bahnhöfen sorgen, sondern Beschäftigte privater Unternehmen. Das sieht ein neues Sicherheitskonzept vor, das die Deutsche Bahn im nächsten Monat vorlegen wird. Damit kann die Bahn Einsatzkräfte an krawallträchtigen Orten, beispielsweise in ostdeutschen Städten, konzentrieren; die BGS-Männer hingegen sind bislang nach einem bestimmten Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Innenminister Otto Schily will seine Grenzschützer weiterhin auf Bahnanlagen einsetzen

und dafür 250 Millionen Mark jährlich kassieren. Bahnchef Hartmut Mehdorn ist der BGS zu teuer und zu ineffektiv: „Wir bezahlen nicht fürs Skatspielen, sondern für Sicherheit“, sagt Mehdorn, der für die privaten Überwacher deutlich weniger ausgeben will. Zurzeit bereiten Bahnjuristen eine Klage gegen Schilys 250-Millionen-Mark-Forderung vor: Sie sei unzulässig, weil der BGS dem Schutz der Allgemeinheit diene; schließlich müssten auch Konzertveranstalter oder Fußballclubs nicht für die Kosten der öffentlichen Sicherheit aufkommen.

AUTOINDUSTRIE

Streit über Spritsäuffer

Die US-Konzerne Ford und General Motors wollen ihre Sprit saufenden Geländewagen, Minivans und Pick-ups sparsamer machen, um drohenden Gesetzesverschärfungen zuvorzukommen. Rund die Hälfte aller in den USA neu zugelassenen Fahrzeuge zählt zur Kategorie „leichte Nutzfahrzeuge“. Die Autos aus der Modellpalette der „Light Trucks“ dürfen bei jedem Hersteller durchschnittlich höchstens 11,35 Liter auf 100 Kilometer verbrauchen. Der US-Senat will jetzt untersuchen, ob die Vorschriften verschärft werden müssen. Bislang erreichen die US-

Konzerne die Grenze nur knapp. Die „leichten Nutzfahrzeuge“ von GM verbrauchen durchschnittlich 11,2 und die von Ford 11,3 Liter; einzelne Modelle wie der Ford Expedition verbrennen im Stadtverkehr 19,6 Liter. Ford kündigte jetzt an, den Durchschnittsverbrauch seiner Geländewagen in den nächsten fünf Jahren um 25 Prozent zu senken. GM-Vize-Chef Harry Pearce sagte, er sei „richtig sauer“ über Fords publicityträchtige Ankündigung. Beim Benzinverbrauch sollte man sich auf „Taten und nicht auf Worte“ konzentrieren. GM sei führend beim Spritsparen und werde es auch in fünf oder zehn Jahren noch sein. General Motors will 2004 leichte Nutzfahrzeuge mit Hybridmotoren anbieten, die mit Benzin und Strom angetrieben werden und einen deutlich geringeren Verbrauch haben.

Pick-up der Ford-F-Serie

